

Name geb.

Name geb.

Anschrift

Ort den
(Datum)

An das
Sozialamt

.....
Adresse

.....
Ort

Widerspruch und Antrag auf verfassungskonforme Leistungen nach AsylbLG

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das **Bundesverfassungsgericht** www.bverfg.de hat mit **Urteil vom 18.07.2012 - 1 BvL 10/10, 1 BvL 2/11 - www.bverfg.de/pressemitteilungen/bvg12-056en.html** die Leistungen nach § 3 AsylbLG für Erwachsene und für Kinder für evident zu niedrig und verfassungswidrig erklärt.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit dem Urteil eine Übergangsregelung getroffen, nach der rückwirkend ab 1.1.2011 Leistungen in Höhe der Regelsätze nach dem SGB II/XII (Hartz IV) zu erbringen sind, mit Ausnahme nur der jeweils nach dem individuellen Bedarf zusätzlich zu den Regelsätzen zu erbringenden Leistungen für Hausrat.

Gegen die Leistungsgewährung für alle Zeiträume ab 1.1.2011 lege ich WIDERSPRUCH ein.

Ich beantrage

1. die **Nachzahlung der Differenzbeträge** zwischen den verfassungswidrigen Leistungen nach § 1a bzw. § 3 AsylbLG und den Regelbedarfen nach dem SGB II/XII (Hartz IV) für die Vergangenheit, sowie
2. ab sofort **für die Zukunft** die Gewährung verfassungskonformer Leistungen nach dem Urteil des BVerfG

Gemäß der Übergangsregelung des BVerfG liegt auch bei **Gutscheinen** oder **Sachleistungen** nach § 3 AsylbLG der Barbetrag (**Taschengeld**) für Erwachsene seit 1.1.2011 bei 120,- bis 133,- €/ Monat und für Kinder nach Alter bei 77,- bis 85,- €/Monat, statt bisher 40,90 € bzw. 20,45 €, woraus sich entsprechende Nachzahlungen ergeben.

Da gemäß Urteil des BVerfG "*migrationspolitische Erwägungen ... von vornherein kein Absenken des Leistungsstandards unter das physische und soziokulturelle Existenzminimum rechtfertigen*", sind mit **§ 1a AsylbLG** begründete **zusätzliche Leistungskürzungen** noch unter das Niveau des § 3 AsylbLG wegen fehlender Mitwirkung an der eigenen Abschiebung bzw. Einreise aus wirtschaftlicher Not erst recht verfassungswidrig.

Ich fordere Sie hiermit auf, diesen Antrag und Widerspruch zur Akte zu nehmen, und einen schriftlichen Bescheid zu erteilen!

Ich beantrage einen begründeten schriftlichen Bescheid mit einer Berechnung, für welche Monate Sie weshalb welche Nachzahlung erbringen, wie sich die Nachzahlung und die künftige Leistung im Einzelnen zusammensetzt, und welche Leistungen Dritter Sie ggf. angerechnet haben, bzw. was Sie ggf. direkt an Dritte geleistet haben.

Dieser Antrag und Widerspruch gilt ggf. auch für meine/unsere minderjährigen **Kinder**.

Mit freundlichen Grüßen

.....
(Unterschriften aller volljährigen Haushaltsangehörigen)